Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 6

Artikel: Neue Wege in der USA-Aussenpolitik?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140576

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Worte apostrophierte: «An die Stelle des Antisemitismus trat (in Westdeutschland) nun der bedenkenlose Antikommunismus», da kamen Stimmen aus West und Ost zu mir, die mich baten, das zu berichtigen, denn der Antikommunismus sei nicht an die Stelle, sondern neben den Antisemitismus getreten, der noch latent wie virulent genug erscheint in der Bundesrepublik. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Scheußlichkeit und Bestialität der Verbrechen jederzeit wieder Ereignis werden kann, wenn nicht das glimmende Feuer ausgetreten wird. Wenn seitens der DDR immer wieder belastendes Material gegen die früheren Vertreter der Untaten des Faschismus beigebracht wird, so daß es heute einen Fall *Globke* gibt und noch viele andere Fälle folgen werden, so ist das weder Freude an Sensationen noch Rachedurst, sondern das tiefernste Verlangen, zu einer eindeutigen und klaren Linie zu kommen, die Schuld zu sühnen und die kommenden Geschlechter von dem Fluch zu befreien, der sonst ins Endlose fortwirkt!

Propst D. Heinrich *Grüber*, der in Berlin an erster Stelle gestanden hat im Kampf gegen die nazistischen Untaten, um jüdische Menschen zu retten, und der dafür im KZ gelitten hat, hat nur zu recht, wenn er in den Blättern für deutsche und internationale Politik (Köln a. Rh. Mai 1961) schreibt: «Wir selbst, die wir das Grauen eines Krieges und die Grausamkeiten menschlicher Bestien erlebt haben, möchten die kommende Generation davor behütet wissen, daß sie einen gleichen Weg geführt wird, wie wir ihn geführt worden sind. Aber das setzt dann auch voraus, daß man sich scharf von dem Ungeist distanziert und die Gefahrenquellen neuer Dämonien sieht.»

Der Geist des Friedens und der Menschlichkeit
will erkämpft und erbeten sein!

Ludwig Rodenberg

Neue Wege in der USA-Außenpolitik?

Es ist wohl angebracht, aus der Behandlung des Kuba-Problems durch die Kennedy-Administration gewisse Überlegungen in bezug auf ihre künftige außenpolitische Konzeption anzustellen. Wir wiesen in der Mainummer 1961 (Offener Brief an Präsident Kennedy) auf die schockartige Wirkung des mißlungenen Kuba-Handstreiches in den amerikanischen Universitätskreisen hin. Die Protestwelle aus jener Richtung ist auch seither nicht verebbt, sie hat sich vielmehr auf die protestantischen Kirchen der Union, überhaupt auf jene Schichten der Bevölkerung ausgedehnt, die von der Präsidentschaft Kennedys, zu Recht oder zu Unrecht, eine neue Politik erhofften.

Was das «andere Amerika» als fortschrittliche Außenpolitik be-

trachtet, kommt zum Ausdruck in einem Artikel von James Reston, in der «New York Times» vom 14. April 1961. Er schreibt, in Verurteilung des Kuba-Handstreiches: «Überall in der Welt versuchten die Vereinigten Staaten einen obersten Grundsatz durchzuführen oder zu verteidigen, nämlich, daß Gewalt weder direkt noch indirekt zur Erreichung politischer Ziele eingesetzt werde und daß alle internationalen Streitigkeiten durch Verhandlung beigelegt werden sollen . . . Dies ist der Grundsatz, den wir selbst den Engländern und Franzosen gegenüber im Suez-Krieg vertraten.» Am 31. Oktober 1956 erklärte Präsident Eisenhower zur Aggression in Suez, wie man weiß: «Wir lehnen Gewalt als Instrument zur Beilegung internationaler Streitigkeiten ab. In der Vergangenheit haben sich die Vereinten Nationen fähig erwiesen, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen. Wir glauben, daß sie dies auch in Zukunft tun können und tun werden.»

Gewisse USA-Beamte haben, in Verletzung dieser Grundsätze, den interamerikanischen Neutralitätsvertrag und die internationalen Abkommen der amerikanischen Regierung gebrochen. Die «New York Times» vom 18. April erklärte dazu in ihrem Leitartikel: «Es ist kein Geheimnis, daß die USA-Regierung die Exil-Kubaner durch Waffenlieferungen, militärische Ausbildung und jede Erleichterung ihrer Vorbereitungen unterstützt hat. Dies auf amerikanischem Boden und in Guatemala.»

Was fortschrittliche Amerikaner darum heute fordern, ist eine Untersuchung durch den Kongreß. Das amerikanische Volk hat ein Recht, zu wissen, was in Kuba geschehen ist. Wenn nicht alles getan wird, um die Tatsachen ans Licht zu bringen, so bleibt das Gefühl zurück, daß die USA-Regierung ehrlos gehandelt hat. Die lateinamerikanischen Völker wie die neutralen Nationen werden hinfort das amerikanische Bekenntnis zur Gewaltablehnung und dem Recht der Selbstbestimmung kleiner Nationen mit einiger Skepsis betrachten.

Was soll geschehen, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen? Vermittlung, Verhandlungen und schließlich Versöhnung sind die Alternativen zu einem blutigen Bürgerkrieg in Kuba und möglichen kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten. Schon am 4. März anerbot sich die Regierung von Argentinien, zwischen den USA und Kuba zu vermitteln. Auch Mexiko und Brasilien haben ihre guten Dienste offeriert.

Was ist die Reaktion der amerikanischen Regierung auf diese Angriffe und Vorschläge? Offensichtlich nicht Bedauern über das Unrecht, das geschehen ist. Der einzige Kummer der Verantwortlichen scheint zu sein, daß der Handstreich nicht gelang. Im übrigen möchte man die unangenehme Geschichte wenn möglich «unter den Teppich wischen», wie man englisch so schön sagt.

Sehen wir die Erklärung Kennedys vor dem Verband der Zeitungsverleger. Sie erinnerte in ihrem selbstgerechten Ton, wie I. F. Stone (I. F. Stone's Weekly, 1. Mai 1961) sagt, an den schlimmsten Stil Bis-

marcks, oder Theodor Roosevelts. Er vertrat die Monroe-Doktrin in neuer Fassung, als unbedingte Beherrschung der westlichen Hemisphäre durch die USA. Er erhebt den Anspruch auf beliebige Intervention in den Angelegenheiten der Staaten dieses Kontinents. Er nimmt also ausgerechnet jene Haltung ein, die in Lateinamerika so verhaßt ist. *Dazu kamen Andeutungen von weiteren Unternehmungen, die geheimgehalten würden.* Dies war als besondere Empfehlung an die Presse zu verstehen. Die Presse, so wurde den Zeitungsverlegern zu verstehen gegeben, sei zu indiskret. Sie soll sich im Zweifelsfalle an die Regierung wenden, um zu wissen, was sie publizieren dürfe. Das Unternehmen gegen Kuba war nach Kennedy einfach *«ein Kampf kubanischer Patrioten gegen einen kubanischen Diktator»*. Diese Darstellung erfolgte, obwohl die Presse herausgefunden hatte, daß die Führer der kubanischen Rebellen am Tage vor dem Angriff auf einem verlassenen Flugplatz in Florida eingesperrt wurden und gar nicht wußten, daß der Handstreich im Gange war. Es war die CIA, die Central Intelligence Agency, das heißt die amerikanische Spionageagentur, die durch eine Reklamefirma im Namen des kubanischen Rebellenrates Aufrufe an die Kubaner erließ.

Dies hatte natürlich seinen Grund. Die Exilrebellen waren unter sich gar nicht einig. Neben Batista-Anhängern und Vertretern der äußersten Rechten, die auf die Wiederherstellung der früheren Besitzverhältnisse auf Kuba spekulierten, gab es auch linkseingestellte Exilierte, die in vielen Punkten mit Castro übereinstimmten. Ihr militärischer Führer wurde kaltgestellt und das Kommando der Invasion einem Hauptmann Manuel Artimé anvertraut, der der äußersten Rechten angehörte und in kürzester Frist eine neue Regierung seiner Auftraggeber, der Öl- und Zuckerinteressenten, bilden sollte. Sie wollten schließlich mit ihrem Geld nicht eine neue Revolution mitfinanzieren helfen.

Wie wird die Untersuchung durchgeführt?

Mit der Untersuchung der Ereignisse in und um Kuba betraute Kennedy den früheren Armeegeneral Maxwell Taylor. An geistigen Qualitäten die meisten seiner Kollegen vom Pentagon überragend, ist er doch als Berufssoldat kaum der geeignete Mann an dieser Stelle, denn es hat sich immer wieder gezeigt, daß man mit militärischem Denken und militärischen Mitteln sozialen Umwälzungen nicht gerecht werden kann. Ein weiteres Mitglied der Untersuchungskommission, Admiral Burke, der dem Gremium der Stabschefs angehört, taugte als Ratgeber in der Kuba-Angelegenheit selbst eher als Objekt einer Untersuchung. Dasselbe gilt für Allen Dulles, den Chef der CIA, die bekanntlich den Kuba-Handstreich inszenierte. Dulles kommt damit in die angenehme Lage, seine eigene Tätigkeit begutachten zu dürfen. Wie er sie beurteilt, hat er selbst längst festgestellt. Am Mißerfolg des Kuba-Handstreichs war nicht die CIA schuld, versagt haben einzig

die armen kubanischen Rebellen. Schließlich hat auch Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten, als Justizminister mit von der Untersuchungskommission, mit seiner fadenscheinigen Interpretation der Neutralitätsgesetze dafür gesorgt, daß die Rolle der CIA gar nicht in Erscheinung tritt. Die Neutralitätsgesetze, erklärte er, seien nicht für eine Situation geschaffen worden, wie sie heute in der Welt bestehe. Im ganzen Untersuchungsausschuß findet sich nicht ein Mann, der fähig wäre, die kubanische Frage und die weiteren Probleme, die sie illustriert, mit der geistigen Unabhängigkeit und der Einsicht zu beurteilen, die dafür erforderlich wären.

Kuba vor der UNO

Daß auch Adlai Stevenson vor der UNO mit seinem einst guten Namen für eine so erbärmliche Sache einstehen muß, ist besonders betrüblich. Man vergleiche, was Cabot Lodge, sein Vorgänger als Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen, 1954 zu den Ereignissen in Guatemala vorzutragen hatte, mit der Erklärung, die Stevenson am 17. April 1961 vor demselben Forum hersagen mußte.

Cabot Lodge: «Ich möchte den Rat (Sicherheitsrat der UNO) in Kenntnis setzen, daß es sich nach den noch nicht vollständigen Nachrichten in Guatemala nicht um eine Aggression (der USA d. U.), sondern um eine Revolution der Guatemalteken gegen Guatemalteken handelt.» Dies nach dem Staatsstreich, den die Eisenhower-Administration inszeniert hatte, um eine ihren wirtschaftlichen Interessen gefügige Regierung in Guatemala einzusetzen.

Adlai Stevenson: «Wenn das Castro-Regime Anfeindungen zu fürchten hat, so ist es die Feindschaft von Kubanern, nicht von Amerikanern. Wenn das Castro-Regime gestürzt wird, so von Kubanern, nicht von Amerikanern. Ich sehe nicht ein, warum die USA verpflichtet sein sollten, Dr. Castro von den Folgen seines Verrates an früheren Versprechungen seiner Revolution zu schützen.» Man muß leider I. F. Stone zustimmen, wenn er sagt, daß die Invasion in Kuba einen Mann wie Stevenson, darüber hinaus aber auch die USA moralisch ruiniert.

Opposition im Senat

Senator Morse, Vorsitzender des Senatsausschusses für lateinamerikanische Angelegenheiten, den wir als Gegner des Regierungsstandpunktes zitieren möchten, ist bestürzt über die uneinsichtige Haltung der Kennedy-Administration. Er erklärte am 24. April vor dem genannten Ausschuß: «Die Vereinbarungen und Neutralitätsgesetze, die ich eben zitiert habe, verbieten ausdrücklich Tätigkeiten, wie sie jetzt (von unserem Boden aus) von Exilkubanern geübt werden. Solche Betätigung unter einem Deckmantel zu unterstützen, kommt der Heuchelei und dem Zynismus gleich, den die USA ständig den Sowjets

vorwerfen, in der UNO und anderswo. Man sagt etwa, dem Feuer müsse mit Feuer begegnet werden, wir müßten die Kommunisten (für die amerikanische Regierung ist Kuba ein kommunistischer Staat*) mit ihren eigenen Tricks übertrumpfen. Ich lehne dieses Argument ab. Würden wir es annehmen, so müßten wir Polizeistaat-Methoden anwenden und unsere Außenpolitik vor unserem eigenen Volk verheimlichen, werde sie nun von der CIA oder von irgendeiner anderen Körperschaft durchgeführt.»

«Kuba», sagt Morse, «ist nicht ein Dolch, der gegen uns gerichtet ist (wie Kennedy sagt), es ist wohl ein Dorn in unserer Seite, aber nichts deutet darauf hin, daß die Verhältnisse in Kuba eine militärische Intervention der USA aus Sicherheitsgründen erfordern. Eine solche Politik der USA-Intervention würde unsere Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten um 50 Jahre zurückwerfen und nicht einmal massive wirtschaftliche Hilfe käme dagegen mehr auf.»

Auch Morse drängt auf Verhandlungen mit Castro — entweder im Rahmen der OAS oder der UNO. Er verlangt, daß die USA versuchen, die Wunden zu heilen, die nie hätten geschlagen werden dürfen.

Der demokratische Kongreßmann Kowalski (Connecticut), ein früherer amerikanischer Berufsoffizier, erinnert Kennedy an die Worte seiner Inaugurationsrede: «Wir wollen nie aus Furcht verhandeln. Aber wir wollen auch den Verhandlungsweg nie fürchten.»

Bis jetzt hat die USA-Regierung jedes Angebot Castros auf Verhandlungen schroff abgelehnt. Mehr noch: wie wir gesehen, wurde zwar General Maxwell Taylor mit einer Untersuchung der Ereignisse betraut. Er erhielt aber überdies den Auftrag, neue Möglichkeiten einer Bekämpfung der kubanischen Revolution zu studieren. Von Kennedy selbst wurden Andeutungen gemacht, daß «paramilitärische Methoden» zur Anwendung kommen könnten . . .

Geben wir I. F. Stone noch einmal das Wort und hören wir damit die Stimme der Vernunft. «Fidel Castro gewann in Kuba, in dem er Batista provozierte, sich selbst zu zerstören. Der Diktator in seiner panischen Furcht griff zu so brutalen Mitteln, daß schließlich niemand als seine engsten Gangstergesellen zu ihm hielten. Ich habe immer gefürchtet, daß Castro auch dazu provozieren würde, um selbst zu zerstören. Die Kettenreaktion dazu hat bereits eingesetzt — die Militärs und die äußerste Rechte kommen in unserer Regierung wieder obenauf. Die Gefahr einer direkten Invasion mit amerikanischen Kräften mag im Augenblick vorüber sein, aber die nachdrückliche Erwähnung ‚paramilitärischer Methoden' ist ein schlimmes Vorzeichen. Paramilitärische Methoden vergifteten das politische Leben der Weimarer Re-

* Warum diese Versuche einer Agrarreform immer mit Kommunismus gleichgestellt werden, sagt ein afrikanischer Delegierter an anderer Stelle dieser Nummer: «Warum sehen wir immer ‚rot' aus?»

publik und bereiteten den Weg für den Nazismus. Wir können nicht Regierungsorganen oder Körperschaften wie Freikorps usw. gestatten, sich außerhalb des Gesetzes zu stellen, ohne die Existenz unserer Republik zu gefährden.» *Red.*

Was einen amerikanischen Missionar schockierte

Im amerikanischen Kirchenblatt «The Churchman» vom Mai 1961 berichtet ein amerikanischer Methodist, Earl M. Smith, Missionar in Uruguay, über das, was ihn am tiefsten beeindruckte, als er nach vierjährigem Dienst auf Urlaub in seiner amerikanischen Heimat weilte.

Alle vier oder acht Jahre kehren die amerikanischen Missionare, von denen ich einer bin, auf Urlaub in ihre Heimat zurück. In unserer rasch sich verändernden Zeit erfährt der Urlauber fast immer einige schockartige Überraschungen. Klassisch ist der Fall jenes Missionars, der 20 Jahre von der Heimat fern gewesen war. Ein von technischen Dingen begeisterter Freund fragte ihn, was ihm nach 20jähriger Abwesenheit in Amerika am meisten auffalle und traute seinen Ohren nicht, als die Antwort lautete: «Das Verschwinden des Familienaltars.»

Was mich anbelangt, so bin ich davon längst nicht mehr überrascht, ebensowenig wie von der völlig auf weltliche Dinge ausgerichteten «amerikanischen Lebensweise» (American way of life), von der horrenden Zunahme der Jugendkriminalität, noch, schließlich, vom relativ geringen Interesse der Jungen am kirchlichen Leben. Was mich beeindruckt — was mir einen schweren Schock versetzt hat, ist die Gehirnwäsche, der unsere amerikanische Jugend durch die militärischen Behörden ausgesetzt wird.

Ich fragte einen flotten jungen Amerikaner, der gegenwärtig Militärdienst leistet, ob er mit «Propaganda» bearbeitet werde. Die Frage paßte ihm gar nicht. Doch als ehrlicher und aufrichtiger junger Bürger gab er zu, daß er der Propaganda unterworfen werde. Hierauf bewies er durch seine Worte, ohne daß er dessen bewußt war, welch gründliche Arbeit bereits an ihm geleistet worden war. Er ist zur Auffassung gebracht worden (persuaded), daß in unseren Volksschulen totalitäre Methoden angewandt werden sollten, um der heranwachsenden Generation von Kindern die richtigen Ideen einzupflanzen (to indoctrinate).

Ich kann dem jungen Mann keinen Vorwurf machen. Ich bewahre in meiner eigenen geistigen Struktur die Nachwirkungen einer nur acht Monate dauernden totalitären Gehirnwäsche. Ich ging nach Franco-Spanien mit dem amerikanischen Quäker-Hilfskorps, zur Zeit des spanischen Bürgerkrieges. Ich war ein gereifter Mann, freiheits-